

NACH DEN LANDTAGSWAHLEN: ZUVERSICHT STATT WUT

Impulspapier für die Sitzung der Grünen Bundestagsfraktion am 6.10.2026

2. Oktober 2026

Deutschland geht in einen unruhigen Herbst. Die Bundesregierung müsste eigentlich die Kraft finden, zentrale Zukunftsfragen anzugehen. Doch stattdessen wankt sie von Krise zu Krise. Rechtsextreme erzielen erschütternde Wahlergebnisse bei mehreren Landtagswahlen der vergangenen Monate. Dass sie erstmals seit Gründung der Bundesrepublik Deutschlands in der Lage sein könnten, ein Bundesland zu regieren, ist verheerend und in seiner Dramatik für unsere Demokratie nicht zu unterschätzen. Das politische Berlin ist nach diesen Wahlen viel zu schnell wieder zur Tagesordnung übergegangen. Das Thema ist schon wieder aus den Schlagzeilen verschwunden.

Viele Menschen suchen in dieser Zeit nach Orientierung, nach einem Ausdruck für ihre Sorgen und Ängste – und vor allem nach Antworten: Was jetzt? Was tun wir, als Gesellschaft, als demokratische Parteien und Fraktionen im Bundestag, um unsere freie, demokratische Gesellschaft gegen den Rechtsextremismus zu verteidigen?

Fest steht: Alle bisherigen Versuche, der AfD etwas entgegenzusetzen, haben nicht gereicht. Wir sind überzeugt: Niemand sollte einfach weitermachen wie bisher – auch wir Bündnisgrüne nicht. Wenn alle in den Überzeugungen, die sie schon immer richtig fanden, verharren, werden wir kein Stück schlauer.

Als Oppositionsfraktion im Bundestag kontrollieren und kritisieren wir die Regierung. Als Politiker*innen, Demokrat*innen und Bürger*innen sind wir aber mehr denn je gefordert, auch an Ideen und Konzepten für die Zukunft unseres Landes zu arbeiten. Dieses Impulspapier ist eine Diskussionsgrundlage für die Fraktion. Wir müssen uns fragen, was jetzt für unsere Arbeit notwendig ist, was wir tun können und müssen, um die Demokratie zu verteidigen.

1: Wir dürfen die Menschen und die Zivilgesellschaft jetzt nicht allein lassen!

Das Wichtigste zuerst: Es gibt aktuell viele Menschen, gerade in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, aber auch anderswo, die angesichts der Ergebnisse der AfD voller Sorge sind. Menschen mit Migrationsgeschichte, queere Menschen, Engagierte in Initiativen, Kirchen, Medien und in Bildungs- und Kultureinrichtungen, die im Fokus der Rechtsextremen stehen. Es ist an uns Demokrat*innen, für den Schutz unserer Nachbar*innen, Freund*innen und Kolleg*innen zu kämpfen. Mit unserer Arbeit im Deutschen Bundestag wollen wir in den nächsten Monaten diesen Menschen und ihren Sorgen eine Stimme geben.

Unsere vielfältige Demokratie wird von engagierten Menschen in den Vereinen, Initiativen und Verbänden der Zivilgesellschaft getragen. Sie brauchen Unterstützung und Wertschätzung für ihr Tun. Wir müssen sie fördern. Wir fordern von der Bundesregierung die Einrichtung eines Demokratie-Notfallfonds, mit dem aus Bundesmitteln schnell und pragmatisch Initiativen vor Ort unterstützt werden können, die für die Demokratie eintreten und die von einer AfD-Regierung in ihrer Arbeit behindert werden könnten. Der Bund muss



jetzt Vorbereitungen treffen, um bedrohte Demokratieprojekte, Antidiskriminierungsstellen und andere Initiativen kurzfristig zu stützen.

2: Die Präsenz vor Ort muss erhalten bleiben

Das Zweite, was wir sehr konkret tun können, ist: die Präsenz vor Ort erhalten und stärken. Noch nie waren so viele Grüne aus ganz Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt im Wahlkampf unterwegs. Die Solidarität war beeindruckend und berührend. Doch sie darf jetzt nicht enden. Und hier kommt es jetzt auch auf uns als große Bundestagsfraktion an. Wir schlagen vor, dass wir unsere Wahlkreisarbeit noch stärker auf die ostdeutschen Bundesländer ausweiten. Denn hier sind die Landesverbände nicht so mitgliederstark. Mancherorts sind wir Bündnisgrüne in der außerparlamentarischen Opposition.

Mobile Wahlkreisbüros können landauf, landab über unsere Arbeit im Bundestag informieren, wir können ins Gespräch gehen mit Menschen vor Ort. Wir können als Abgeordnete Partnerschaften für Kreisverbände im Osten übernehmen oder, wie es manche schon getan haben, ein Regionalbüro außerhalb des eigenen Bundeslandes eröffnen. Partnerschaften ermöglichen uns zudem einen besseren Austausch mit und Unterstützung von Akteuren der Zivilgesellschaft vor Ort.

3: Wir alle müssen Dinge anders machen – und eine ehrliche Analyse fängt immer bei sich selbst an

Alle demokratischen Fraktionen im Bundestag müssen darüber diskutieren, was wir in Zukunft anders machen, um eine wirksame Antwort auf das Erstarken der Rechtsextremen zu geben. Und wir können diese Debatte nur überzeugend führen, wenn wir bei uns selbst anfangen.

Wir müssen feststellen, dass unser Werben für die Rettung der Demokratie für viele mittlerweile nur noch abstrakt und weit weg klingt. In dem Wunsch, Demokratie und Rechtsstaat zu schützen, wirken wir auf zu viele wie Verteidiger des Status Quo. Eines Status Quo, der im Alltag für die Menschen nicht mehr gut funktioniert. Das wollen wir ändern.

Manche Debatten haben wir auch als Politik nicht offensiv genug geführt, die wichtig gewesen wären für das Vertrauen in unsere Arbeit. Dazu gehört die Aufarbeitung der Coronapandemie. Politik muss in der Lage sein, aus der Vergangenheit Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. In der Coronapandemie haben wir gemeinsam viel erreicht und durch Umsicht und Vorsorge viele Leben gerettet. Aber unzweifelhaft wurden auch Fehler gemacht. Daraus kann man lernen, im Guten wie im Schlechten. Wir sind uns sicher: Hätte der Deutsche Bundestag die ernsthafte Bereitschaft gehabt, aufzuarbeiten, was gut und was schlecht gelaufen ist, wäre das ein souveränes Zeichen gewesen. Und hätte auch ein Moment der gesellschaftlichen Zusammenführung nach einer extrem polarisierten Zeit sein können. Wir schlagen vor, dass in der Bundespolitik grundsätzlich ein Evaluierungsmechanismus für das Management von außergewöhnlichen Krisensituationen eingeführt wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Rechtsextreme arbeiten in ihren Kampagnen oft mit starken negativen Emotionen wie Wut oder Angst. Wir haben in der Vergangenheit auf solche Auseinandersetzungen zu oft mit Sachargumenten reagiert. Wir müssen daran arbeiten,





stärker auf Botschaften zu setzen, die mit positiven Emotionen verbunden sind, die Zuversicht und Hoffnung wecken.

Das ist keine abschließende Liste, sondern eine Anregung zur Debatte. Wir wollen sie strukturiert in der Fraktion führen und dann auch die anderen Fraktionen einladen, in den Austausch zu gehen, wo gemeinsame neue Schlüsse über die Fraktionsgrenzen hinweg liegen.

4: Ohne die Regulierung der Sozialen Medien wird es nicht gehen!

Die Manipulation der öffentlichen Debatte durch Desinformation und gezielte Polarisierung wird immer noch unterschätzt. Wir haben uns im Bundestag schon lange für eine stärkere Regulierung der Social Media-Plattformen eingesetzt. Wir müssen bestehende Regeln endlich konsequent umsetzen. Die Europäische Union könnte mit dem Digital Services Act prüfen, ob Algorithmen den öffentlichen Diskurs und die Meinungsfreiheit gefährden und bei Verstößen Änderungen erzwingen. Doch die Kommission scheut dieses Instrument – und die Bundesregierung gibt sich damit zufrieden. So überlassen wir anderen die Spielregeln für ein Spiel, das wir nur verlieren können.

Es geht dabei nicht nur um Inhalte, sondern um die Funktionsweise der Plattformen selbst. Sie sind keine freien Orte des Austausches, der politischen Debatte. Hinter den auf den ersten Blick harmlosen Feeds stehen Männer wie Elon Musk und Peter Thiel, die Trump zur Macht verhelfen und auch europäische Demokratien fallen sehen wollen. Sie betreiben soziale Netzwerke, Russland und China nutzen sie zur Verbreitung von Falschinformationen und Propaganda, Hass und Polarisierung werden befördert.

Ihre Algorithmen belohnen den Streit, überzeichnen Fehler, unterdrücken die Nachdenklichkeit und ignorieren die Zwischentöne. Sie befördern Blasen aus „Die“ und „Wir“, in denen das „Gemeinsam“ unterliegt. Ein Spiel, das wir Politiker*innen allzu oft mitspielen und das uns selbst kaputt macht. Es gibt hier kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Handlungsdefizit. Das müssen alle demokratischen Fraktionen erkennen. Es ist an uns, für entschiedeneres Vorgehen im Parlament zu werben und die Regeln der Algorithmen zu regulieren und zu verändern.

Und wir müssen auch deutlich machen: Wenn sich Plattformen nicht regulieren lassen und völlig abdriften, dann verlassen wir sie. So, wie wir es mit X, der Plattform von Elon Musk, getan haben.

5: Den Spiralen der Wut entgegentreten

Die Strategie der Rechtsextremen ist weltweit gleich. Sie greifen reale Probleme der Menschen auf, bieten aber keine Lösungen. Stattdessen bieten sie Angst, Ausgrenzung und Sündenböcke. Mit gezielter Empörung dominieren sie die politische Agenda und zwingen anderen ihre Debatten auf. Wir halten es für wichtig, dass demokratische Parteien nicht immer wieder über das Stöckchen der Rechtsextremen springen. Statt das Playbook der Rechtsextremen mitzuspielen, müssen Demokraten ihre eigene Agenda setzen. In die überhitzte Polemisierung gegen die angeblich faulen Menschen im Bürgergeld oder einen ausgrenzenden Diskurs gegen Menschen mit Migrationsgeschichte sind konservative Politiker zu oft eingestiegen. Das halten wir für einen großen Fehler.

Die Rechtsextremen bekämpfen, nicht ihre Debatten führen – darum muss es gehen. Um die besten Ideen konkurrieren, statt Wutspiralen zu eskalieren. Zuhören. Vertrauen aufbauen. Und Fragen diskutieren wie: Wo soll Deutschland in fünf Jahren stehen? Wie schaffen wir





Wohlstand, Arbeitsplätze, eine bessere Infrastruktur, ein selbstbestimmtes Leben und Klimaschutz heute und für die künftige Generation? Politik muss den Anspruch haben, mit einer Vision fürs Morgen spürbare Verbesserungen für die Menschen zu liefern. Öffentlicher Streit muss durch ein ehrliches Ringen um Kompromisse in gegenseitigem Respekt und Anerkennung ersetzt werden.

6: Demokratische Politik muss in ihrer Wirkung erkennbar sein

In Ost- wie Westdeutschland und überall in Europa zeigt sich dasselbe Bild: Es sind die Strukturwandel- und strukturschwachen Regionen, in denen die Versprechen der Rechtspopulisten das meiste Gehör finden. Regionen, in denen Unternehmen und Jobs ins Ausland abgewandert sind, der Bus auf sich warten lässt, nichts Neues das Alte ersetzt hat. Regionen, in denen Menschen sich von der Politik vergessen fühlen. Es ist Aufgabe aller demokratischen Parteien, diesem Eindruck entgegenzutreten und dafür zu sorgen, dass sich das ändert.

Rechtsextreme und Populisten reagieren darauf mit dem falschen Versprechen nach einer Vergangenheit, die es so nicht gab. „Take back control“ war ein entsprechender Slogan. Politik muss aus unserer Sicht zeigen, dass sie in der Lage ist, die Spielregeln der Globalisierung zu bestimmen. Und die Wirksamkeit von Politik muss vor Ort direkter spürbar sein.

Das heißt zum einen: Wir brauchen Orte, wo die Dorfkneipe wieder aufmacht und der Bus zum ersten Mal kommt. Das Sparen bei Jugendeinrichtungen, Sportstätten oder Kultur im Quartier halten wir für einen großen Fehler, weil all dies Gemeinschaft fördert und für die Menschen erlebbar macht, dass Politik für sie konkret funktioniert.

Die Bundesregierung muss den Förderdschungel lichten, den Kommunen mehr frei verfügbare Mittel bereitstellen und das Startchancen-Programm ausweiten, mit dem der Bund auch den Schulbau unterstützt. Dazu gehört für uns mehr direkte Bürgerbeteiligung. In Bürgerräten kann Beteiligung gelebt werden, können sich Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen austauschen und Lösungen beraten. Der demokratische Kompromiss findet so eine breitere Basis. Es ist bedauerlich, dass die Koalition auf die Fortführung verzichtet. Wir finden: Bürgerräte sind wichtig, sie sollten zahlreicher und auch regionaler stattfinden.

Ein direkter Anknüpfungspunkt ergibt sich auch beim Sondervermögen: Die Bundesregierung verspielt gerade die kolossale Chance, das Land wieder auf Vordermann zu bringen. Wir haben der Reform zugestimmt, weil wir finden, dieses Land hat ein Recht darauf, dass es besser funktioniert. Dass die Koalition trotz der großen finanziellen Spielräume Geld wegtrickst und nicht investiert, trägt viel zu Frust und Vertrauensverlust bei. Jetzt wäre es an der Zeit, die Kluft zwischen Bürger*innen und Berlin zu verringern und einen Bürgerrat beim Finanzministerium zu schaffen, der über Investitionsprioritäten mitberät. So kann die Bundesregierung unterstreichen: Wir handeln für zusätzliche Investitionen bei euch!

Gerade die Beteiligung von jungen Menschen an Politik halten wir für enorm wichtig. Neben den bereits etablierten Beiräten für Wirtschaft und für Gewerkschafts- und Sozialpolitik haben wir deswegen einen Jugendbeirat eingerichtet und wollen mit Jugendforen mehr Möglichkeiten für den Austausch vor allem junger Menschen mit der Bundespolitik schaffen.





7: Die Rechtsextremen sind international vernetzt – wir sollten es auch sein

Wir Deutsche erklären unsere Probleme gern innerdeutsch. Dabei läuft weltweit dasselbe Playbook der Rechtspopulisten und Rechtsextremen ab. Trigger-Themen besetzen, die Gesellschaft spalten, Medien diskreditieren, Regeln missachten. In den USA hat dieser Prozess vor Jahren begonnen, Trump hat den Brand lediglich beschleunigt. Die Folgen: ein gespaltenes Land, Milizionäre von ICE verbreiten Angst in den Straßen, Trumps willkürliche Zollpolitik bremst die Wirtschaft und mit Gewalt werden die Regeln der internationalen Ordnung missachtet.

Putin hat schon vor 25 Jahren die russischen Medien gleichgeschaltet, das Verlustgefühl nach dem Zerfall der Sowjetunion geschickt bespielt und führt seinen Krieg gegen die europäische Werteordnung ohne Widerspruch von innen heute an der Front der Ukraine und hybrid in Deutschland und Europa. Bei der Analyse der Strategien von Rechtsextremen sollten wir darauf schauen, welche Muster sich im Agieren überall auf der Welt ergeben.

Und wir können international auch lernen, wie ein autoritäres Playbook schlagbar ist. In Polen und Ungarn haben liberale Kräfte die Autoritären zurückgedrängt. Auch in Minneapolis und anderen Städten der USA regt sich Widerstand. Das gemeinsame Rezept: lokal ansetzen, auf die Menschen zugehen und dort handeln, wo Menschen es brauchen. Ein Vernetzen der Vereine, der Nachbar*innen und aller, die sich beteiligen wollen. Gemeinsam kann die Kraft entstehen, scheinbar unaufhaltsame Entwicklungen umzukehren. Die Marschroute der Rechten ist keine Einbahnstraße, auf der wir ihnen einfach hinterher hecheln müssen. Demokratinnen und Demokraten können weltweit voneinander lernen, uns gegenseitig unterstützen und zeigen, dass Gemeinschaftssinn, Verantwortung füreinander, Freiheit und Demokratie die bessere Antwort sind.

8: Unter Demokraten ist der Kompromiss ein Wert an sich!

Populisten haben nicht den Anspruch, Probleme in der Realität zu lösen. Das führt zu einem ungleichen Wettbewerb. Demokrat*innen können da nicht mitmachen, sie werden an Lösungen gemessen. Und das bedeutet in der Demokratie, Kompromisse zu schmieden. Leider ist der Kompromiss in Verruf geraten: Er wirkt langsam, kleinteilig, streitbehaftet.

Dennoch lebt Demokratie vom Kompromiss. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass das Verhandeln, die Zwischentöne, das Nachdenken und das Aufeinanderzugehen als das erlebt werden, was sie sind: die Voraussetzung dafür, dass ein Land vorankommt und alle gut miteinander leben können.

Deshalb haben wir zuletzt im Frühjahr dieses Jahres deutlich gemacht: Wir Grüne im Bundestag sind bereit auf die Regierung zuzugehen, um unser Land und seine Sozialsysteme für die Zukunft aufzustellen. Wir haben zu Beginn der Legislatur ein Sondervermögen von 500 Milliarden ermöglicht, um Investitionen in unsere Infrastruktur und den Klimaschutz zu gewährleisten. Wir haben damit auch Investitionen in unsere Sicherheit möglich gemacht. Und wir stehen zu diesen Entscheidungen. Wir sind überzeugt: Es gibt Themen, die die Logik von Wahlperioden überdauern. Die so entscheidend für unsere Zukunft sind, dass Regierung und Opposition auch gemeinsam an Lösungen arbeiten sollten. Das Angebot steht, wir wollen diesen Weg weiter gehen.





9: Es braucht ein Verbotsverfahren gegen die AfD

Die AfD ist eine Gegnerin unserer Verfassung und eine reale Bedrohung für alle Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen. Führende Politiker*innen der AfD machen keinen Hehl daraus, dass sie ihre faschistischen Konzepte in die Tat umsetzen werden, sobald sie an die Macht kämen. Ein Parteiverbot ist zu Recht mit hohen Hürden in der Verfassung versehen. Aber im Fall der AfD ist es jetzt notwendig, ein Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen. Wir haben schon vor über einem Jahr die Initiative ergriffen, im Bundestag ein solches AfD-Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen. Doch seit genauso langer Zeit warten wir auf eine Reaktion der Unions-Spitzen. Unser Angebot steht und es ist dringlicher denn je. Denn die AfD ist keine Partei wie jede andere, sondern eine rechtsextreme Kraft, die unsere Demokratie und ihre Prinzipien frontal angreift. Die offensichtlichen nächsten Schritte weiter hinauszuzögern, wäre fahrlässig. Es ist die Aufgabe aller Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag, zum Schutz unserer Demokratie und unserer Gesellschaft zu handeln.

